Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 8. Dezember 2011
Ausgabe 234
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› OB Ude zur Forderung nach einem Verbot der BIA 3
› Glückwünsche für Helmut Markwort zum 75. Geburtstag 3
› Das Baureferat informiert über den Winterdienst 4
› Verkaufsstart für den Münchner Familienpass 6
› Städtische Bebauungspläne im BayernViewer online verfügbar 8
› Symposium „Neue Altersbilder zwischen Selbstverantwortung, Entwicklungspotenzialen und Grenzsituationen“ 8
› Eislauftag der Münchner Schulen am 14. Dezember 9
› Basar der Kulturen 10
› Risiko-Spielzeug ist kein Weihnachtsgeschenk 10
› Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum 11
› Das etwas andere Weihnachtskonzert in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **13**
› Personalabbau bei den städtischen Kliniken (StKM)? 13
› Inanspruchnahme Bildung- und Teilhabepaket in München? 15

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **20**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 9. Dezember, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit geht zurück auf einen Beschluss des Europäischen Rates. Ziel war es, bürgerschaftliches Engagement insgesamt zu stärken und – parallel dazu – die Nationale Engagementstrategie voranzutreiben.

Wiederholung
Freitag, 9. Dezember, 20 Uhr, Literaturhaus, Salvatorplatz 1
Bürgermeisterin Christine Strobl überreicht Steven Uhly den Tukan-Preis 2011 der Stadt München für seinen Roman „Adams Fuge". Dr. Hans-Dieter Beck, Leiter des Tukan-Kreises, spricht Grußworte. Die Laudatio hält Richard Kämmerlings (Die Welt). Musik: Azhar Kamal. Steven Uhly liest aus seinem Buch.

Dienstag, 13. Dezember, 11 Uhr, Weitlstraße 66
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert dem Münchner Bürger Günter Scholz im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Dienstag, 13. Dezember, 12 Uhr, Osterwaldstraße 25
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Hildegard Thurnbauer im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Dienstag, 13. Dezember, 17 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Bürgermeister Hep Monatzeder übergibt 22 Personen die vom Bayerischen Ministerpräsidenten verliehenen Ehrenzeichen für Verdienste im Ehrenamt. Damit werden sie für ihr großes soziales Engagement auf den verschiedensten Gebieten ausgezeichnet.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 15. Dezember, 19.30 Uhr,
Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering - Riem).

Meldungen

OB Ude zur Forderung nach einem Verbot der BIA
(8.12.2011) Oberbürgermeister Christian Ude stellt zum heutigen Antrag der CSU-Stadtratsfraktion fest, dass es eine pure Selbstverständlichkeit sei, im Falle eines vom Bundesverfassungsgericht beschlossenen Verbots der NPD auch alle ihre Tarnorganisationen und etwaige Nachfolgeparteien zu verbieten. In der Sache gebe es also nicht die geringste Differenz. Für beunruhigend hält der Oberbürgermeister es allerdings, dass die Stadtratsfraktion der CSU schriftlich zum Ausdruck bringt, dass der bayerische Innenminister in dieser Frage eines Appells des Münchner Oberbürgermeisters bedürfe. Ude wörtlich: „Ich gehe nach zahlreichen positiven Erfahrungen mit Minister Joachim Herrmann beim Kampf gegen den Rechtsextremismus davon aus, dass er selbstverständlich alle Möglichkeiten eines Verbots ausschöpfen wird, ohne dabei kommunaler Aufforderungen zu bedürfen. Wenn die CSU aus näherer Kenntnis aber einen Stadtratsappell für erforderlich hält, werde ich ihn selbstverständlich durch eine entsprechende Beschlussvorlage herbeiführen."

Glückwünsche für Helmut Markwort zum 75. Geburtstag
(8.12.2011) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Helmut Markwort zum 75. Geburtstag: „Mit der von Ihnen ausgehenden Energie und Tatkraft beweisen Sie, dass 75 Jahre heute wirklich noch kein Alter sind. Dennoch darf man aus diesem Anlass auf Ihr beeindruckendes publizistisches Lebenswerk verweisen. Fakten sind ja Ihr Markenzeichen – auch Sie selbst haben mit dem Ihnen eigenen Ideenreichtum in der deutschen Medienlandschaft viele Fakten geschaffen, die insbesondere die Medienstadt München nachhaltig und positiv geprägt haben.
Auf dem Print-Sektor leiteten Sie Publikumszeitschriften wie ‚Bild und Funk', ‚Gong', ‚Die Aktuelle' und ‚Die 2' und waren vor Ihrem Hinüberwechseln auf die Herausgeber-Position des Focus Deutschlands dienstältester Chefredakteur. Mit der erfolgreichen Einführung eines zweiten Nachrichtenmagazins in den deutschen Zeitschriftenmarkt war Ihnen ein Coup gelungen, den in der deutschen Medienszene niemand mehr für möglich gehalten hatte. Er kam auch der Medienstadt München zugute, indem diese prestigeträchtige Mediengattung seitdem nicht mehr nur mit Hamburg verbunden wird.
Auch in den elektronischen Medien leisteten Sie Pionierarbeit. Im Hörfunk bauten Sie Radio Gong 2000 und Antenne Bayern maßgeblich mit auf,

beim Fernsehen ist Ihr Engagement für den Sender münchen.tv hervorzuheben.
Ich bin mir sicher, dass Sie weiterhin voller Pläne stecken und dass Ihre gewaltige publizistische Stimme am Medienstandort München und in der deutschen Öffentlichkeit auch künftig Gehör finden wird.
Herzlich gratuliere ich Ihnen zu Ihrem 75. Geburtstag, an dem Sie sicher sehr zufrieden Rückschau halten können, auch wenn ich glaube, dass der Blick nach vorne Ihrem Naturell noch mehr entspricht."

Das Baureferat informiert über den Winterdienst
(8.12.2011) Nach einer langen Phase verhältnismäßig milder Witterung kündigen die ersten Schneefälle winterliche Wetterverhältnisse an. Das Baureferat hat sich auch heuer gründlich auf seine rechtliche Verpflichtung zur Wintersicherung der Straßen vorbereitet. Einen 100-prozentig perfekten Winterdienst kann es aber nicht geben. Alle Verkehrsteilnehmer müssen sich deshalb darauf einstellen, dass im Winter Glätte und ungünstige Straßenverhältnisse auftreten können. Dies ist besonders nachts, zwischen 22 Uhr und 7 Uhr morgens, also außerhalb der rechtlichen Räum- und Streuzeiten zu beachten, aber auch bei starkem Schneefall während der Hauptverkehrszeiten.
Das Baureferat bittet daher alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, mit winterlichen Verkehrsverhältnissen zu rechnen, sich darauf einzurichten und das Fahrzeug wintertauglich – insbesondere mit Winterreifen – auszurüsten. Wer zu Fuß unterwegs ist, sollte unbedingt wintertaugliches Schuhwerk tragen. Empfohlen wird auch, möglichst frühzeitig wegzufahren, vorsichtig zu fahren oder noch besser, auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen. Mit dem geparkten Fahrzeug bitte nicht die Räum- und Streufahrzeuge behindern, möglichst nahe am Fahrbahnrand parken und die Park- und Halteverbote beachten, die auch die Schneeräumung erleichtern sollen.
Um sich auf die Witterungsverhältnisse bestmöglich und vorausschauend einstellen zu können, ist das Baureferat an einen speziellen Straßenwetterbericht des Deutschen Wetterdienstes angeschlossen. Über einen eigens eingerichteten Internetzugang werden dort rund um die Uhr verschiedene Informationen und Prognosen über die Wetterentwicklung abgerufen. Dadurch können kritische Straßensituationen prognostiziert und die erforderlichen Einsätze veranlasst werden. So ist das Baureferat mit modernster Technik ausgerüstet, um allen winterlichen Situationen bestmöglich begegnen zu können.
Das Baureferat und seine Vertragsfirmen – insgesamt rund 1.000 Einsatzkräfte und rund 560 Fahrzeuge – beginnen bei andauerndem Schneefall

und einer Schneedecke von mindestens drei Zentimetern oder bei Gefahr von Straßenglätte mit dem Räum- und Streudienst werktags je nach Witterung um 2 Uhr oder 4 Uhr morgens, sodass bis zum Einsetzen des Berufsverkehrs gegen 7 Uhr das Münchner Straßennetz geräumt und im Bereich der Salzstrecken auch mit Salz bedient ist. Wenn aber beispielsweise der Schneefall erst in den späten Morgenstunden einsetzt, bittet das Baureferat um Verständnis dafür, dass dann Behinderungen des Verkehrs nicht zu vermeiden sind. Wenn die Räum- und Streuarbeiten während des Berufsverkehrs durchgeführt werden müssen, kann es schon mal vorkommen, dass die Einsatzfahrzeuge durch den Verkehr behindert werden und nicht rechtzeitig an die Einsatzorte gelangen.
Der Gesetzgeber schreibt vor, dass die Stadt die verkehrssicher geräumten und bei Bedarf gestreuten Straßen und Wege an Werktagen von 7 Uhr bis 20 Uhr gewährleisten muss. Das Baureferat hat jedoch seine Einsatzzeiten bis 22 Uhr verlängert. Bei starken Schneefällen und extremen Witterungsverhältnissen wird ein Sonder- oder Notdienst eingerichtet.
Oberste Priorität genießen bei der Räumung und Streuung entsprechend den Vorgaben des Gesetzgebers Gefahrenstellen (rund 250) und die verkehrswichtigen Fußgängerüberwege (in München rund 9.700). Im Bereich der Fahrbahnen wird vorrangig das Hauptstraßennetz geräumt (alle bedeutenden Ring- und Ausfallstraßen – insbesondere der Mittlere Ring, Straßen, in denen öffentliche Verkehrsmittel fahren) und im Anschluss daran das Nebenstraßennetz.
Salz wird nur im Hauptstraßennetz, in Straßen mit Buslinien und an Gefahrenstellen wie zum Beispiel starken Gefällestrecken ausgebracht. Die Salzstreuung erfolgt unmittelbar nach dem Räumen. So wird die Salzausbringung aus Gründen des Umweltschutzes optimiert. Im Nebenstraßennetz wird nur in Sonderfällen bei Straßenglätte Splitt gestreut.
Außerhalb des so genannten „Vollanschlussgebietes“ der städtischen Straßenreinigung (das ist etwa das Gebiet außerhalb des Mittleren Ringes) ist es Aufgabe der Anlieger, ihren Räum- und Streupflichten nachzukommen. Gehwege und Fußgängerstreifen müssen hier spätestens um 7 Uhr morgens (sonntags und an gesetzlichen Feiertagen um 8 Uhr) geräumt sein. Die Schneeräum- und Streuarbeiten sind bis 20 Uhr so oft zu wiederholen, wie dies zur Verhütung von Gefahren für Fußgänger notwendig ist. Aus Umweltschutzgründen ist das Streuen von Salz auf den Gehwegen Münchens verboten und mit Bußgeld bis zu 1.000 Euro belegt. Am besten legt man sich frühzeitig zu Hause einen Vorrat an abstumpfenden Mitteln, wie Streusand oder Streusplitt, an.

Die offizielle Winterdienstsaison beginnt für das Baureferat immer am 1. November und endet am 31. März des Folgejahres.
Das Faltblatt zum Winterdienst des Baureferates ist in der Stadt-Information im Rathaus und an der Infothek im Technischen Rathaus, Friedenstraße 40, kostenlos erhältlich. Bei Fragen oder Problemen im Zusammenhang mit dem Winterdienst kann man sich während der üblichen Bürozeiten an die Servicenummer 2 33-6 12 01 des Baureferats wenden.
Ausführliche Infos sind auch unter *www.muenchen.de/winterdienst* abrufbar.

Verkaufsstart für den Münchner Familienpass
(8.12.2011) Am kommenden Montag, 12. Dezember, startet der Verkauf des 5. Münchner Familienpasses, der vom Stadtjugendamt im Sozialreferat angeboten wird. Dank der Unterstützung des Gewinn-Sparvereins der Sparda-Bank München e.V. ist der Erwerb des Münchner Familienpasses 2012 unverändert kostengünstig. Für sechs Euro gibt es das ganze Jahr zahlreiche Ermäßigungen, Gutscheine, Anregungen und exklusive Angebote. Der Familienpass entlastet Familien im Alltag und bei der Freizeitgestaltung und bietet Anregungen für gemeinsame Aktivitäten. Die Stadt München unterstützt den Münchner Familienpass 2012 mit 60.000 Euro, der Gewinn-Sparverein der Sparda-Bank München e.V. mit 75.000 Euro.
Bürgermeisterin Christine Strobl: „Das Ziel unserer Familienpolitik ist, dass Kinder und Familien gerne und gut in München leben und daher auch in unserer Stadt bleiben. Wir wissen alle, dass das Leben in München teuer ist, gerade für Familien. Mit dem Münchner Familienpass wird es ein Stück erschwinglicher und unsere Stadt damit noch familienfreundlicher. Die Attraktivität des Münchner Familienpasses steigt eindrucksvoll: Beim Start im Jahr 2008 beteiligten sich knapp 100 Kooperationspartner mit Angeboten. Der Familienpass 2012 enthält bereits Angebote von über 170 Kooperationspartnern."
Helmut Lind, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München eG: „Die Sparda-Bank München eG steht für Vertrauen und Sicherheit. Werte, wie sie auch in einer Familie vermittelt werden. Der Münchner Familienpass unterstützt bei der Freizeitplanung und sorgt so für unvergessliche, gemeinsam erlebte Stunden. Diesen Ansatz finden wir absolut unterstützenswert. Wir freuen uns, bereits seit vielen Jahren Partner des Familienpasses zu sein und wünschen den Familien auch im Jahr 2012 viele gemeinsame, anregende Stunden."
Rund 15.000 Familienpässe wurden für das Jahr 2012 bereits ausgeliefert. Dank des Adventskalender für gute Werke der Süddeutschen Zeitung e.V. erhielten im Jahr 2011 rund 2.600 bedürftige Familien den Familienpass

kostenlos. 2012 machen die Landkreise Freising, München Land, Dachau, Ebersberg und Starnberg beim Münchner Familienpass mit und leisten dafür einen finanziellen Beitrag.
Einige Beispiele aus der breiten Angebotspalette des Münchner Familienpasses 2012: Die SWM bieten den Münchner Familien einen Gutschein für einen freien Eintritt in eines der M-Bäder, gültig für einen Erwachsenen und ein Kind (bis 14 Jahre). Wieder dabei sind die Hofpfisterei, die ein Viertel Pfister Sonne gratis beisteuert, und diverse Biomärkte, die zehn Prozent beim Einkauf gewähren. Außerdem gibt es wieder ein kostenloses Klimasparbuch. Neu dabei sind zahlreiche Gastronomiebetriebe wie die Biergärten am Chinesischen Turm und am Flaucher, die jeweils eine große Breze anbieten. Münchner Sportvereine im ganzen Stadtgebiet, viele Museen, einige Bergbahnen und diverse Theater entlasten den Geldbeutel der Münchner Familien. So bietet das Museum Villa Stuck einen kostenlosen Familieneintritt in die historischen Räume und das Museum Reich der Kristalle gewährt über 50 Prozent Eintrittsermäßigung. Naturerlebnisse mit dem Ökoprojekt Mobilspiel sind ebenso zu finden wie medienpädagogische Computerkurse zu Themen wie Facebook.
Die eigenen Projekt- und Workshopangebote des Stadtjugendamtes erfreuen sich einer starken Nachfrage. Ökologie und Umweltschutz sind aktueller denn je. Mit zahlreichen Kooperationspartnern hat das Stadtjugendamt zu diesen Themenschwerpunkten ein vielfältiges und attraktives Angebot an Veranstaltungen zusammengestellt. Hier können sich Familien spielerisch mit Umweltthemen, wie erneuerbare Energien, auseinandersetzen oder mit der Frage, warum der Regenwald auch für uns hier in Deutschland wichtig ist.
Alle Angebote sind im Internet unter *www.muenchen.de/familienpass* einsehbar.
Der Familienpass gilt für zwei Erwachsene mit bis zu vier Kindern bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Großfamilien mit mehr als vier eigenen Kindern erhalten kostenlos beim Stadtjugendamt einen zusätzlichen Familienpass. Beim Kauf müssen sich Familien nicht ausweisen. Familie ist dort, wo Kinder sind. So können beispielsweise auch Familien mit Pflegekindern und Großeltern mit Enkelkindern vom Familienpass profitieren. Voraussetzung ist lediglich ein Erwachsener und ein Kind, ein verwandtschaftliches Verhältnis ist nicht notwendig.
Der Familienpass ist ab dem 12. Dezember erhältlich in der Stadtinformation im Rathaus, in den Filialen der Sparda-Bank München eG, in den Stadtbibliotheken und an vielen anderen Stellen, die im Internet unter *www.muenchen.de/familienpass* zu finden sind. Bitte die jeweiligen Öffnungszeiten beachten. Für die Medien ist Bildmaterial zum Familienpass 2012 abrufbar unter *www.muenchen.de/soz/presse*.

Städtische Bebauungspläne im BayernViewer online verfügbar
(8.12.2011) „Die zukünftigen Herausforderungen einer digitalen und offenen Verwaltung können nur ebenenübergreifend strategisch angegangen werden", sagte jetzt Stadtrat Haimo Liebich (SPD) in einem Grußwort in Vertretung des Oberbürgermeisters aus Anlass der Einstellung der Bebauungspläne der Landeshauptstadt München im „BayernViewer" auf der Geodateninfrastruktur des Freistaats. „Ich freue mich, dass die Pläne nun für alle interessierten Kreise online verfügbar sind. Immerhin handelt es sich um die stattliche Zahl von nahezu 1.400 Bebauungsplänen, die seit 1971 rechtsverbindlich sind, aber erst durch ihre digitale Form ihren vollen Nutzen für alle Beteiligten und Betroffenen entfalten."
Man habe sich auf eine enge Zusammenarbeit des Freistaats und der Landeshauptstadt München in den Bereichen Electronic Government und Open Government verständigt, so Liebich auf dem 6. Nationalen IT-Gipfel im Internationalen Congress Center der Messe München. „Von einem Schulterschluss versprechen wir uns vielfältige Synergien. Wir glauben, dass zwei so ähnliche und ähnlich grosse ‚Player', was Verwaltungs-IT angeht, sehr voneinander profitieren können, weil strategische Interessen, fachliche Bedürfnisse und technische Anforderungen sich häufig überschneiden – auch wenn die tägliche fachliche Arbeit sehr unterschiedlich sein mag."
Die Bebauungspläne sind im Bayernviewer unter *www.bauleitplanung.bayern.de/* zu finden.

Symposium „Neue Altersbilder zwischen Selbstverantwortung, Entwicklungspotenzialen und Grenzsituationen"
(8.12.2011) Im Rahmen ihres Themenschwerpunkts „Alter ist Zukunft" lädt die Offene Akademie der Münchner Volkshochschule (MVHS) am Samstag, 10. Dezember, von 14 bis 20 Uhr in den Vortragssaal der Bibliothek am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, zum Symposium „Gewinnende Perspektiven für gewonnene Jahre? Neue Altersbilder zwischen Selbstverantwortung, Entwicklungspotenzialen und Grenzsituationen" ein. Vorträge halten Professor Dr. Andreas Kruse, Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg, Professor Dr. Rudolf Tippelt, Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor Dr. Thomas Klie, Evangelische Hochschule Freiburg, und Dr. Mirko Sporket, Max Planck Institute for Demographic Research Rostock. Sozialreferentin Brigitte Meier spricht Grußworte. An einer Podiumsdiskussion nehmen teil Dr. Anneliese Durst, Leiterin des Fachbereichs Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung im Referat für Arbeit und Wirtschaft, Dr. Gerlinde Wouters, Projektbüro FöBE – Verbund zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement, David Stoll, Sozial-

referat, Amt für soziale Sicherung, und Klaus Bode, Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München. Moderation Marion Glück-Levi, Stiftung Zuhören, BR.
Neue Altersbilder ermöglichen es, die Vielfalt und Entwicklungspotenziale des Alters in den Vordergrund zu rücken, aber auch die Belastungen und Gefährdungen einer immer älter werdenden Gesellschaft aufzuzeigen. Ein Jahr nach Veröffentlichung des sechsten Altenberichts der Bundesregierung zieht dieses Symposium ein Resümee mit Blick auf die Kernbereiche Arbeitswelt, Bildung und Zivilgesellschaft und thematisiert dabei auch die Potenziale für eine altersgerechte Entwicklung in München. Professor Andreas Kruse, unter dessen Leitung der sechste Altenbericht veröffentlicht wurde, bildet den Rahmen des Symposiums: mit einem Eröffnungsvortrag über „Eine neue Kultur des Alterns" und einem abschließenden musikalischen Intermezzo am Pult und am Flügel.
Professor Rudolf Tippelt fordert in seinem Vortrag „Bildung als Recht und Pflicht", die sich quer durch alle Generationen ziehen müsse, und auch Professor Thomas Klie legt seinen thematischen Schwerpunkt auf die Altersbilder im Hinblick auf die Zivilgesellschaft und die Generationenbeziehung. Dr. Mirko Sporket beschäftigt sich in seinem Vortrag mit Altersbildern und ihrer strategischen Bedeutung als „Wirtschaftskraft".
Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Sozialreferat der Landeshauptstadt München und der Münchner Stadtbibliothek statt. Der Eintritt kostet 15 Euro, ermäßigt 7 Euro. Karten gibt es an der Tageskasse. Voranmeldungen sind bei allen Anmeldestellen der MVHS unter der Kursnummer PG 101 möglich oder online unter *www.mvhs.de*.
Nähere Informationen unter 4 80 06-62 20, siehe auch im Internet unter *www.mvhs.de/offene-akademie.*
Kontakt: Andrea Faragó, Fachgebiet Senioren der Münchner Volkshochschule, Telefon 72 10 06-29, Andrea.Farago@mvhs.de, und Susanne Lößl, Leitung Pressestelle der Münchner Volkshochschule, Telefon 4 80 06-61 88, Susanne.Loessl@mvhs.de.

Eislauftag der Münchner Schulen am 14. Dezember
(8.12.2011) Am Mittwoch, 14. Dezember, findet zum 57. Mal der alljährliche „Eislauftag der Münchner Schulen" statt – organisiert und durchgeführt vom Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München in Kooperation mit dem Bayerischen Eislaufverband, dem Münchner Eislaufverein von 1883, dem Eis- und Rollsportclub Ottobrunn, dem Short Track Long Track Inline Club (SLIC) München und Speed Skating München.

Von 8.30 Uhr bis 12 Uhr starten Schülerinnen und Schüler im Alter von acht bis 16 Jahren im Eis- und Funsportzentrum Ost, Staudinger Straße 17, über die Strecken von 100 Metern und 300 Metern.
Für die Siegerehrungen haben sich der Doppelolympiasieger von 1968 und 1972 Erhard Keller, die Olympiasiegerin Monika Holzner-Gawenius, der Olympiasieger Manfred Schnelldorfer sowie der Olympiateilnehmer Wolfgang Scharf angekündigt. Sie werden den Gewinnerinnen und Gewinnern die Medaillen und Preise überreichen. Unterstützt wird die Veranstaltung von K2, der Quirinbank sowie MDV Maristen Druck und Verlag und Fossil.
Noch bis zum Donnerstag, 8. Dezember, können sich alle Münchner Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien beim Referat für Bildung und Sport/Sportamt anmelden. Kontakt unter Telefon 233-83741 oder per E-Mail an maria.ritthaler@muenchen.de.

Basar der Kulturen
(8.12.2011) Bürgermeister Hep Monatzeder ist Schirmherr des jährlich stattfindenden „Basars der Kulturen". Dieser soll zum interkulturellen Dialog beitragen und einen Teil der kulturellen Vielfalt in München zeigen. Am Freitag, 9. Dezember, ab 19 Uhr gibt es im EineWeltHaus in der Schwanthalerstraße 80 (Rückgebäude) ein Bühnenprogramm der Jugendgruppe Biederstein, einer uigurische Frauengruppe und traditionelle Musik aus Simbabwe von Pamuzinda. Durch den Kauf ausgesuchter und zumeist handgefertigter Waren kann man die Gruppen unterstützen und erfahren, welche Projekte die Gruppen in München und in ihren Herkunftsländern betreiben. Über 20 Kultur- und Aktionsgruppen beteiligen sich, darunter unter anderem: FIAN, Georgischer Verein, Gesellschaft für bedrohte Völker, Harare Munich Partnership, Hilfe für Kwale District, Help Liberia, Marie-Schlei-e.V., Freunde Madagaskars, Nepal-Tibet-Hilfe, Nord Süd Forum, Solwodi, Swadaja Indonesia, Deutsch-Tunesische-Gesellschaft.

Risiko-Spielzeug ist kein Weihnachtsgeschenk
(8.12.2011) Lautes oder magnetisches Spielzeug sollte nicht unter dem Weihnachtsbaum liegen. Das gilt vor allem dann, wenn Kinder unter drei Jahren beschenkt werden. Sie nehmen vieles noch in den Mund, können dabei Spielzeug oder Spielzeugteile verschlucken und sich daran verletzen. Darauf weist die Unfallkasse München hin.
Magnetspielzeug
Magnetspielzeug kann kleine bis kleinste einzelne Magneten mit einer hohen Anziehungskraft enthalten. Verschluckt ein Kind zwei Magneten oder einen Magneten und einen Gegenstand aus Metall, können diese sich wiederum im Körper (gegenseitig) anziehen. Das kann zu schweren bis tödli-

chen Verletzungen führen.
Magnetspielzeug muss zwar seit 2008 einen deutlichen Warnhinweis tragen. Dennoch werden Spielzeuge mit losen oder leicht herauslösbaren Magneten verkauft.

Lärm

Lärm macht krank. Wenn Spielzeughandys, Bücher mit Musikchips oder anderes lautes Spielzeug schon im Laden ins Ohr dröhnen, sollte dieses Spielzeug nicht gekauft werden. Bereits angeschafftes lautes Spielzeug wird zum Beispiel durch das Einlegen schwacher Batterien leiser.

Kauf-Tipps:

- Sichere Produkte tragen das „CE"-Zeichen. Eine höhere Aussagekraft hat allerdings das Prüfsiegel „GS" (steht für „Geprüfte Sicherheit").
- „Schnupperprobe": Riecht ein Spielzeug auffallend nach „Chemie", ist das oft ein Zeichen für eine zu hohe Schadstoffbelastung: nicht kaufen!
- Spielzeug mit dem Warnzeichen „Nicht für Kinder unter 36 Monaten" birgt Kleinteile, an denen das Kind ersticken kann, wenn es sie in den Mund steckt oder einatmet. Dieses Spielzeug sollten auch ältere Kinder nicht bekommen, die ein Geschwisterkind haben, das noch keine drei Jahre alt ist.
- Plüschtiere und Stoffpuppen sollten waschbar sein und vor dem ersten Spielen gewaschen werden.
- Lange Ketten oder Schnüre sind tabu – Kinder können sich daran strangulieren.

Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum

(8.12.2011) Im Turmstüberl, dem so genannten Volkssänger-Stüberl des Valentin-Karlstadt-Musäums, Tal 50, findet am Montag, 12. Dezember, von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr wieder ein monatliches offenes Singen statt. Unter der Leitung von Thomas Höhenleitner werden bekannte und unbekannte Münchner Volkssängerlieder, Jodler und jahreszeitlich passende Lieder gesungen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, der Eintritt für das Musäum beträgt 2,99 Euro, das Musäum kann bis 17.29 Uhr besichtigt werden und wird nach Ende der Singstunde geschlossen. Im Turmstüberl gibt es Bewirtung durch Petra Perle. Nähere Infos sind auch unter *www.muenchen.de/volkskultur* oder unter *www.valentin-musaeum.de* ersichtlich. Das monatliche Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum und Petra Perle vom Turmstüberl.

Das etwas andere Weihnachtskonzert in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing

(8.12.2011) Am Dienstag, 13. Dezember, spielen „Unsere Lieblinge“ um 20 Uhr ihr Programm „Adventssingen“ in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing. Alex Haas und Stefan Noelle verweben Winterliches, Weihnachtliches und Wunderliches. Sie führen auch in stiller Nacht zusammen, was nicht zusammen gehört. Die Innigkeit von „Es ist ein Ros entsprungen“ mündet in die groovende Kraft eines „Spirit In The Sky“, der „Little Drummer Boy“ heißt „Fernando“, und im „Winter in Kanada“ kann man auch mit Bill Withers mal einen Schneemann bauen. So entstehen Weihnachtslieder, die vorher keine waren. Und so kommt es, dass die beiden an diesem Abend genau die Lieder singen, die man sich zu Weihnachten immer gewünscht, aber nie bekommen hat. Ein kerniger Kontrabass und eine trokkene Trommel reichen völlig aus, um die himmlischen Heerscharen anzulocken. Prädikat: Garantiert Gospel-frei!

Veranstalter ist Kultum, eine Initiative der Münchner Stadtbibliothek Allach-Untermenzing und der Elternbeiräte am Schulzentrum Pfarrer-Grimm-Straße. Eintrittskarten zu 12 Euro, für Schülerinnen und Schüler zu 6 Euro, sind in der Bibliothek, Pfarrer-Grimm-Straße 1, und an der Abendkasse erhältlich oder können unter 1 89 32 99 0 telefonisch reserviert werden.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 8. Dezember 2011

Personalabbau bei den städtischen Kliniken (StKM)?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 29.9.2011

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Sie beziehen sich in Ihrer Anfrage auf den Pressebericht, wonach die StKM aufgrund ihrer finanziellen Lage Stellen abbauen wolle. Schon seit 2010 würden die Pflegekräfte der städtischen Kliniken über eine stetig zunehmende Arbeitsverdichtung klagen. Auch der Betriebsrat des Klinikums Bogenhausen hätte seine Beschwerden 2010 in einem Brief an die Stadtratsgruppe DIE LINKE herangetragen. Laut Schreiben des Klinikums Bogenhausen würde in den städtischen Kliniken eine chronische Unterbesetzung bei zunehmender Arbeitsverdichtung herrschen, die zur Überlastung des Personals führen und sich auf die Arbeitsbedingungen negativ auswirken würde. Auch leide die patientengerechte Versorgung darunter. In der Folge soll es von zu wenig qualifizierten Personal zum Hygieneskandal im Juli 2010 gekommen sein. Außerdem sei in den Stadtratsbeschlüssen vom 03.03.2011 und 08.07.2011 die StKM aufgefordert, auf eine ausreichende Personalausstattung im Pflegebereich zu achten.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Für die von Ihnen angesprochene Angelegenheit habe ich mich bei der Städtisches Klinikum München GmbH erkundigt.

Die Anfrage bezieht sich ausdrücklich auf die Stadtratsbeschlüsse vom 03.03.2011 und 08.07.2011, die das Pflegepersonal betrafen. Im Pflegebereich sind in der StKM jedoch keine Einsparungen vorgesehen.

Frage 1:
Warum soll ausgerechnet Personal abgebaut werden, um die Kliniken gesund zu sanieren, obwohl bereits festgestellt wurde, dass mehr Personal nötig ist?

Antwort:
Pflegepersonal soll nicht abgebaut werden. Im Gegenteil: Die StKM ist dabei, durch verschiedene Personalakquisemaßnahmen im Inland und im europäischen Ausland examiniertes Pflegepersonal zu gewinnen.

Frage 2:
Wie viele Stellen sollen 2011 – 2014 abgebaut werden?

Antwort:
Entfällt, da kein Pflegepersonal abgebaut werden soll.

Frage 3:
In welchen Bereichen werden Stellen gestrichen?

Antwort:
Geplant sind Personalanpassungen in der Verwaltung und im ärztlichen Dienst.

Frage 4:
Wie kann es sein, dass der Stadtrat von der StKM bewusst in die Irre geführt wurde, als dieses angab, mehr Personal einstellen zu wollen?

Antwort:
Von einer Irreführung kann keine Rede sein. Wie oben ausgeführt, sind Stellenstreichungen im Bereich Pflege nicht geplant – ganz im Gegenteil, es wurden Maßnahmen eingeleitet, um weiteres Pflegepersonal zu gewinnen.

Frage 5:
Welche Konsequenzen folgen seitens des OB Ude und Bürgermeister Monatzeder, als Vorsitzender des Aufsichtsrates, aus der bewussten Irreführung?

Antwort:
Siehe Antwort zu 4. Konsequenzen seitens des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Bürgermeisters Monatzeder sind nicht erforderlich.

Frage 6:
Haben OB Ude und Bürgermeister Monatzeder von der bewussten Täuschung des Stadtrates gewusst?

Antwort:
Eine Täuschung lag nicht vor.

Inanspruchnahme Bildung- und Teilhabepaket in München?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 26.9.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 26.09.2011 führen Sie Folgendes aus:

„Nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages nahmen im Juni nur 27% der Begünstigten die Leistungen des Bildung- und Teilhabepakets in Anspruch. Im September stieg die Zahl auf immerhin 36%. Begehrteste Leistungen waren Klassenreisen und Mittagessen.
München hat im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten einen relativ geringen Anteil an Leistungsempfängern in den Bereichen von SGB II, SGB XII und Wohngeld und einen hohen Finanzierungsanteil durch den Bund angesichts der Tatsache, dass sich die anteiligen Zahlungen des Bundes analog den für Kosten der Unterkunft bemessen. Wegen dieser positiven Rahmenbedingungen sollte die Anzahl der Leistungsempfänger aus dem Bildungspaket in München höher als im Bundesdurchschnitt sein.
In einem Brandbrief an die Geschäftsleitung der Jobcenter und an das Sozialreferat beschreiben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort untragbare Zustände. Die aktuelle Fallzahlbelastung pro Vollzeitsachbearbeiter soll zwischen 135 und 140 Bedarfsgemeinschaften liegen. Hauptursache ist, dass seitens der Bundesagentur eine zu geringe Anzahl an Fachkräften eingesetzt wird. Hinzu kommt eine unzureichende EDV-Ausstattung. Mitarbeiter der Jobcenter sehen den sozialen Frieden Münchens gefährdet und einige beklagen stressbedingte Ausfallerscheinungen. Dass die völlig überlasteten Jobcenter nur schwer Anreize bieten können für die Inanspruchnahme des Bildungspakets, liegt auf der Hand.
Verständlich auch, dass dann im Leistungsbereich nicht nachvollziehbare Entscheidungen getroffen werden. Versteht jemand, dass Kosten für Mittagessen nur dann übernommen werden, wenn die Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung angeboten wird? Ein vollwertiges warmes Mittagessen über einen Kiosk in der Schule wird im Rahmen des Bildung- und Teilhabepakets abgelehnt. Die Kosten für Nachhilfestunden im Einzelunterricht werden auf 20 Euro pro Schulstunde und Gruppenunterricht auf 10 Euro pro Stunde gedeckelt. Bekannt ist jedoch, dass qualifizierte Nachhilfe heute unter einem Stundensatz von 40 Euro nicht verfügbar ist. Die Liste könnte fortgesetzt werden.“

Zu Ihrer Anfrage vom 26.09.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie hoch ist der Anteil der Begünstigten in München, welche die Leistungen des Bildung- und Teilhabepakets in Anspruch nehmen?

Antwort:
Zum Stand 01.08.2011 haben ca. 40% der SGB II-leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen sowie ca. 20% der Kinder und Jugendlichen, die Leistungen nach dem SGB XII beziehen bzw. deren Eltern Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten, Leistungen für Bildung und Teilhabe beantragt. Wir gehen davon aus, dass die Antragsquote im SGB II-Bereich inzwischen bei ca. 50% liegt und auch in den anderen Leistungsbereichen gestiegen ist. Für eine monatliche Auswertung, die DV-technisch nicht möglich ist und deshalb händisch gemacht werden muss, sind derzeit ebenfalls keine Kapazitäten vorhanden.

Leider steht die auf den Ausgaben für die Kosten für die Unterkunft beruhende und deshalb in der Tat in München gute finanzielle Ausstattung nicht in Zusammenhang mit dem Antragsverhalten der Kinder und Jugendlichen bzw. deren Eltern.
Wie bekannt wurden alle betroffenen Eltern schriftlich noch vor Inkrafttreten der gesetzlichen Grundlagen über die neuen Leistungen für ihre Kinder informiert. Dem Anschreiben war das Antragsformular beigefügt, das auch im Internet abrufbar ist. Der Antrag wurde bereits mehrfach modifiziert, um die notwendigen Inhalte, etwa die genaue Bezeichnung einer Kindertageseinrichtung, zu verdeutlichen. Der Plakataktion des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales folgte im Juni 2011 die Ausgabe eines münchen-spezifischen Flyers, der ebenfalls in das Internet eingestellt wurde und derzeit nach der Behebung von einigen Problemen bei den Übersetzungen in die sechs wichtigsten Fremdsprachen übersetzt wird. Daneben wurden alle Schulen und städtischen Kindertageseinrichtungen über die neuen Leistungen informiert, um auch von dieser Seite die Antragstellungen zu forcieren. Von den nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen wurden bisher neun Wohlfahrtsverbände und Vereine sowie der Kreisjugendring München-Stadt als größte Träger informiert, für eine Einbindung der mehreren hundert kirchlichen und eltern-organisierten Einrichtungen in München fehlen derzeit noch die Kapazitäten. Auch in die allgemeinen Informationen, die bei Bürgerversammlungen präsentiert werden, wurde eine Aufstellung der möglichen Leistungen für Bildung und Teilhabe integriert.
Obwohl die Eltern trotz Überlastung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter auch im Rahmen der Weiterbewilligung von laufenden Leistungen

auf die möglichen Zahlungen für Bildung und Teilhabe aufmerksam gemacht werden, ist die Zahl der Antragstellungen meines Erachtens noch nicht ausreichend. Unabhängig davon muss jedoch auch festgestellt werden, dass eine 100%-ige Antragsquote nicht möglich sein kann: Es wird nicht in allen Schulen eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung angeboten (und auch wenn es eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung gibt, möchten nicht alle Kinder in der Schule essen!), es möchten nicht alle Kinder und Jugendlichen einen Sportverein oder eine Musikschule besuchen und selbstverständlich brauchen auch nicht alle Kinder und Jugendlichen eine Lernförderung.

Frage 2:
Wie ist der Anteil in München vor dem Hintergrund des vom Deutschen Städtetag ermittelten durchschnittlichen Anteils von 36% zu bewerten?

Antwort:
Der Anteil in München liegt mit dem Schätzwert von ca. 50% im SGB II-Bereich über dem deutschen Durchschnitt von 36%.
Wir werden jedoch in den nächsten Wochen unsere Statistik modifizieren, da inzwischen nicht mehr mit den Antragszahlen **ab Einführung** der Leistungen für Bildung und Teilhabe gerechnet werden kann, die der **derzeitigen** Anzahl der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen gegenüber gestellt wird. Zum einen werden nach Ablauf der i.d.R. sechsmonatigen Bewilligungszeiträume inzwischen auch Weiterbewilligungsanträge gestellt und zum anderen sind nicht alle Kinder und Jugendlichen, die im ersten Halbjahr Leistungen erhalten haben, auch jetzt noch hilfebedürftig.
Wir werden auch den Deutschen Städtetag über die notwendigen Änderungen in der Statistik informieren.

Frage 3:
Welches ist die rechtliche Grundlage für die Deckelung der Kostenübernahme für Einzel- und Gruppennachhilfe?

Antwort:
Nach § 28 Abs. 5 SGB II, § 34 Abs. 5 SGB XII wird bei Schülerinnen und Schülern eine die schulischen Angebote ergänzende angemessene Lernförderung berücksichtigt, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen.
Angemessen ist Lernförderung laut Begründung des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Bu-

ches Sozialgesetzbuch dann, wenn sie im Rahmen der örtlichen Angebotsstruktur auf kostengünstige Anbieterstrukturen zurückgreift. Die Angemessenheit der Höhe der Vergütung richtet sich ferner nach der konkret benötigten Lernförderung und den ortsüblichen Sätzen.
Unsere Recherchen bei neun Nachhilfeinstituten (u.a. Schülerhilfe München, Schulfit, Münchner Nachhilfe, Münchner Volkshochschule) ergaben, dass ein Betrag von 10,00 Euro für einen 45-minütigen Gruppennachhilfeunterricht und ein Betrag von 20,00 Euro für einen 45-minütigen Einzelunterricht die Kosten der meisten Anbieterinnen und Anbieter abdeckt und deshalb angemessen ist.
Eine Nachfrage im Referat für Bildung und Sport ergab, dass eine in den Schulen angebotene Lernförderung, etwa durch Mitschülerinnen und Mitschüler oder ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, noch günstiger ist. An städtischen Realschulen und Gymnasien finden Förderstunden statt, die durch Lehrkräfte erteilt werden und kostenfrei sind.
Der Gesetzgeber gibt unmittelbaren schulischen Angeboten den Vorrang, leider sind sie jedoch in vielen Schulen noch nicht vorhanden.

Frage 4:
Welches ist die rechtliche Grundlage für die Nichtübernahme von Kosten für Mittagessen, wenn die Zubereitung der Mahlzeiten nicht in Verantwortung der Schulträger erfolgt?

Antwort:
Nach § 28 Abs. 6 SGB II, § 34 Abs. 6 SGB XII werden für Schülerinnen und Schüler die für die Teilnahme an einer **gemeinschaftlichen** Mittagsverpflegung entstehenden Mehraufwendungen berücksichtigt. Nach der Begründung des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch dient dabei das Schulmittagessen konzeptionell nicht allein dem Zweck der Nahrungsaufnahme, sondern besitzt daneben eine sozialintegrative Funktion. Die Teilnahme an einer Gemeinschaftsverpflegung ist ein wichtiges Element der sozialen Teilhabe an der Schule. Laut Gesetzgeber setzt die Anerkennung des Mehrbedarfs deshalb voraus, dass das Mittagessen in schulischer Verantwortung angeboten sowie gemeinschaftlich ausgegeben und eingenommen wird. Belegte Brötchen und kleinere Mahlzeiten, die an Kiosken verkauft werden, erfüllen diese Voraussetzungen ausdrücklich nicht, da dieser Form der Verpflegung das sozialintegrative Element fehlt.

Abschließend wird zu den Fragen 3 und 4 darauf hingewiesen, dass die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jobcenter getroffenen Ent-

scheidungen den Vorgaben aus den Begründungen des Gesetzes entsprechen und nicht auf eine Überlastungssituation zurückzuführen sind.

Frage 5:
Wie bewertet die Stadtspitze den Hinweis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass derzeit angesichts des eklatanten Personalmangels in den Jobcentern der soziale Frieden in München gefährdet sein könnte? Welcher Stellenwert wird der Kooperationsvereinbarung mit der Bundesagentur beigemessen unter dem Gesichtspunkt, dass die vereinbarte Personalbesetzung seitens der Bundesagentur bei weitem unterschritten wurde?

Antwort:
Die Frage wird wie telefonisch am 04.10.2011 vereinbart unmittelbar nach der Beschlussvorlage zur Personalsituation im Jobcenter München in der Sitzung des Sozialausschusses vom 10.11.2011 beantwortet.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 8. Dezember 2011

Mit der NPD auch die BIA verbieten
Antrag Stadträte Marian Offman und Josef Schmid (CSU)

Neues Leben für ein sträflich vernachlässigtes städtisches Baudenkmal – taugen Riemer Kopfbau und Tribüne als Außenstelle des Deutschen Museums?
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Maßnahmen im Bereich der Schnittstelle Schule - Berufsausbildung sinnvoll miteinander vernetzen, Synergien nutzen und Daten weitergeben
Antrag Stadträtinnen Gülseren Demirel und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

Keine „Prozesshänseleien" auf Kosten der Steuerzahlen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Keine Diskriminierung von Teilnehmern am Volkstrauertag – die Stadt solidarisiert sich
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Josef Schmid **Marian Offman**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
08.12.11

Mit der NPD auch die BIA verbieten

Oberbürgermeister Christian Ude wird gebeten, für den Münchner Stadtrat an den bayerischen Innenminister und die Innenministerkonferenz zu appellieren, im Falle eines Verbots der NPD auch die BIA zu verbieten.

Begründung:
Nach dem nachgewiesen wurde, dass in die Mordserie der Neonazis offensichtlich auch Funktionäre der NPD verwickelt waren, erscheint die Möglichkeit eines Verbots der rechtsradikalen NPD wahrscheinlicher.

Im Münchner Stadtrat sitzt Karl Richter für die BIA (Bürgerinitiative Ausländerstopp), welche eine Tarnorganisation der NPD ist. Karl Richter wurde 2009 zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der NPD gewählt. Es ist auszuschließen, dass ein Mitglied im Münchner Stadtrat für eine Partei amtiert, welche Tarnorganisation der NPD ist, die in Verbindung zu einer unsäglichen Mordserie an Migranten gebracht werden kann. Deshalb sollte die rechtsradikale BIA im Zuge eines Verbotes der NPD gleichfalls verboten werden.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Marian Offman, Stadtrat

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München;
Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
08.12.11

Neues Leben für ein sträflich vernachlässigtes städtisches Baudenkmal
– taugen Riemer Kopfbau und Tribüne als Außenstelle des Deutschen Museums?

Der Stadtrat möge beschließen:
OB Ude nimmt unverzüglich mit dem Deutschen Museum München Kontakt auf mit dem Ziel abzuklären, ob nach einer Generalsanierung die ehemaligen Riemer Flughafentribünen die geplante Außenstelle des Deutschen Museums aufnehmen könnten.

Sollte sich dies im konkreten Fall als unmöglich erweisen, aber eine Depottauglichkeit grundsätzlich erkennbar sein, werden andere städtische und nichtstädtische Museen und Sammlungen abgefragt, ob die Flughafentribünen als Lager oder Außenstelle taugen würden.

Darüber wird dem Stadtrat berichtet.

Begründung
Für die Öffentlichkeit vollkommen überraschend konnte der Presse /1/ entnommen werden, dass das Deutsche Museum in einem Maisacher Gewerbegebiet ein zentrales Depot für seine ca. 80.000 weder im Haupthaus noch im Verkehrszentrum oder auf der Flugwerft Oberschleißheim ausgestellten Exponate bauen will. Allerdings soll eine nicht genannte Anzahl von Exponaten dort auch für Besucher ausgestellt werden. Etliche Sammlungsgegenstände sollen auch aus den grundwassergefährdeten Kellergeschossen des Haupthauses verlagert werden.

Die Stadt München sollte ihrerseits grundsätzlich ein Interesse haben, dass die örtliche Zerstreuung des Deutschen Museums nicht weiter um sich greift.

Hier kommt als *location* die vor sich hin darbende Zuschauertribüne des ehemaligen Flughafen Riems ins Spiel. Diese Tribüne ist über 500m lang, 29m breit und weist enorme Kellergeschossflächen auf (siehe privat angefertigte Planskizze unten). Die Raumhöhe erscheint ausreichend, das Fehlen von Fenstern spielt bei einer Depotnutzung vermutlich ohnehin keine große Rolle. Das Bauwerk bietet ohne Kopfbau eine Nutzfläche von ca. 11.000 qm, der Kopfbau nochmals über 700qm.

Der Zuschauertribünenbau ist zwar ein Baudenkmal, was aber die Stadt nicht gehindert hat, das Baudenkmal gesetzeswidrig jahrzehntelang dem Verfall preiszugeben.

Dabei ist die Gesetzeslage eindeutig: Der Eigentümer muss ein Baudenkmal erhalten, solange es ihm zumutbar ist. Es kann nicht den geringsten Zweifel geben, dass die Zumutbarkeit für die reichste Stadt Deutschlands gegeben ist.

Da also davon auszugehen ist, dass die Stadt um eine Generalinstandsetzung der gesamten Flughafentribüne ohnehin nicht herumkommen wird, wenn sie nicht gesetzwidrig handeln will, ist es gleich vernünftig, eine passende Nutzung zu suchen.

Eine Nutzung als Museumsdepot mit Publikumsverkehr erscheint ideal, da der Standort hervorragend verkehrlich erschlossen ist (U2, A94). Der Tribünenkopfbau hätte dann auch gleich eine vernünftige Funktion gefunden.

Quelle

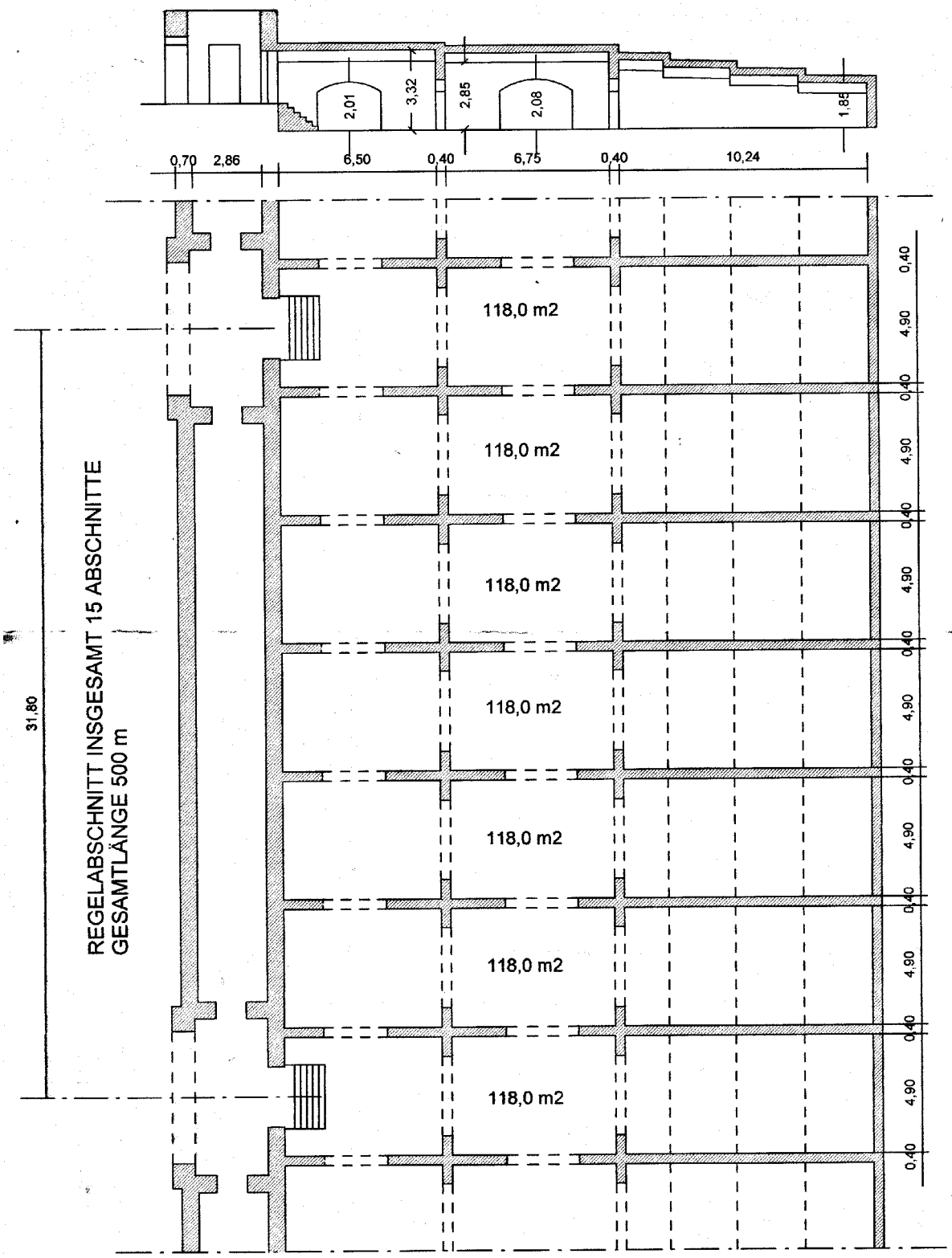
/1/ SZ 2.12.2011: Deutsches Museum will in Maisach bauen

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Anlage

privat erstellter Bestandsplan eines von 15 Abschnitten der ehemaligen Flughafentribüne (Stand: 2003)

RENNBAHN-TRIBÜNEN-UNTERKELLERUNG M:1:200



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 08.12.2011

Antrag

Maßnahmen im Bereich der Schnittstelle Schule - Berufsausbildung sinnvoll miteinander vernetzen, Synergien nutzen und Daten weitergeben

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Referat für Bildung und Sport, das Referat für Arbeit und Wirtschaft und das Sozialreferat unter der Federführung des Referats für Bildung und Sport werden darum gebeten darzustellen:

1: Eine Auflistung aller Maßnahmen im Bereich der Schnittstelle von Schule in die berufliche Ausbildung der Landeshauptstadt München, der freien Träger, der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters.
2: Eine Auflistung wie sich diese Maßnahmen nach Schularten (Grundschulen, Mittel/Haupt-Schulen, Realschulen, Gymnasien, Förderschulen) verteilen.
3: Inwieweit diese Maßnahmen miteinander verbunden sind, welche Synergieeffekte zwischen den Maßnahmen genutzt werden, wie sich die Übergänge der TeilnehmerInnen von einer Maßnahme in eine andere gestalten und wie die Weitergabe von Daten der Jugendlichen von einer Maßnahme in eine andere geregelt ist.
4: Was mit den ermittelten Daten der TeilnehmerInnen beim Übergang von einem Projekt in ein anderes geschieht.
5: Wie sich die Situation der Koordinierungsstelle M-Best bzw. der Alternative des Jobcenters aktuell und in Zukunft darstellt.

Begründung:

Der Bereich des Übergangs von der Schule in eine Berufsausbildung ist ein sensibles Feld in welchem eine Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen durch innerschulische und externe Experten von großer Wichtigkeit für den späteren Lebenslauf und berufliche Chancen ist. In München gibt es derzeit eine Vielzahl an Angeboten die allesamt auf sehr ähnliche Zielgruppen abzielen jedoch oftmals unzureichend miteinander vernetzt sind. Mögliche Synergieeffekte zwischen den einzelnen Angeboten werden somit nicht genutzt und Daten von Jugendlichen nicht weitergegeben. Dies führt zu einem erhöhten

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Verwaltungsaufwand innerhalb der einzelnen Maßnahmen und ist sehr zeitintensiv. Durch eine sinnvolle Vernetzung der Maßnahmen und der Träger kann diese Problematik umgangen werden. Von großer Bedeutung ist hierbei auch die Zukunft der Koordinierungsstelle M-Best bzw. eines adäquaten Ersatzes seitens des Jobcenters. Um eine bestmögliche Förderung der Jugendlichen zu erreichen ist es nötig die beteiligten Partner besser miteinander ins Gespräch und in den Austausch zu bekommen und dies zu moderieren.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Jutta Koller
Gülseren Demirel

Mitglieder im Stadtrat

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

08.12.2011

Antrag Nr.:
Keine „Prozesshänseleien“ auf Kosten der Steuerzahler

Der Stadtrat möge beschließen:
Die Verwaltung wird bei drohenden rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen der Landeshauptstadt München und Beteiligungsunternehmen, die sich zu 100 % oder nahezu 100 % im Eigentum der Stadt befinden, den Stadtrat befassen und informieren, bevor externe Anwaltskanzleien beauftragt werden und dadurch Kosten für die Steuerzahler entstehen. Zudem unterrichtet die Verwaltung über die derzeit laufenden strittigen Auseinandersetzungen zwischen der Landeshauptstadt München und Beteiligungsunternehmen, die mit externen Anwälten oder Beratern geführt werden.

Begründung:
Einerseits sind städtische Beteiligungsunternehmen verpflichtet, ihre Geschäfte im Sinne des jeweiligen Gesellschaftsvertrags unter Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu führen und somit eigene Interessen zu vertreten. Andererseits haben städtische Beteiligungsunternehmen auch die Interessen des Gesellschafters zu wahren.
In Fällen, die von der Stadt und einem Beteiligungsunternehmen unterschiedlich bewertet werden, muss es Ziel sein, rechtliche Auseinandersetzung zu vermeiden. Externe Berater zu beschäftigen oder gar den Konflikt vor einem Gericht auszutragen, kann nur die Ultima Ratio sein, die allerdings nur nach Einschaltung des Stadtrats gewählt werden darf.

Unlängst eskalierte ein Streit zwischen der Landeshauptstadt München und der Stadtwerke München GmbH (SWM) wegen ungeklärter Mietverhältnisse. Vom stadtinternen Streit waren sogar 350 Arbeiter in einem Wohnheim in Moosach betroffen, die drei Tage auf dem Trockenen (tz vom 05.12.2011) saßen. Die Angelegenheit soll nun ein gerichtliches Nachspiel haben.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
07.12.2011

Keine Diskriminierung von Teilnehmern am Volkstrauertag – die Stadt solidarisiert sich

Ich beantrage:

Die Stadt verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen alle Versuche, bestimmte Teilnehmergruppen vom Gedenken des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) zum Volkstrauertrag im Hofgarten auszuschließen, und erklärt vielmehr ihre Solidarität mit allen üblicherweise am Gedenken beteiligten Gruppen, insbesondere auch teilnehmenden Münchner Burschenschaften. Diese Bekundung der Verbundenheit erfolgt zweckmäßigerweise in Form einer Erklärung oder eines offenen Briefes an den Veranstalter des Gedenkens, den VdK.

Begründung:

In besonders durchsichtiger Manier versuchen selbsternannte Gesinnungswächter in den letzten Wochen, vor der Stimmungskulisse der „Döner-Morde“ des angeblichen Zwickauer „Nazi-Trios“ politisches Kapital aus der öffentlichen und medialen Empörung zu schlagen und jeden zu diskreditieren, der in irgendeiner Weise mit „Rechts“ in Verbindung gebracht werden kann.

Beispielhaft hierfür kann der Versuch der Münchner Rathaus-Grünen gelten, mit Antrag vom 05.12.2011 (StR-Antrags-Nummer: 08-14 / A 02957) den Ausschluß vorgeblich „rechtsextremer oder dem Rechtsextremismus nahestehender Gruppierungen“ vom öffentlichen Totengedenken des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Münchner Hofgarten zu fordern; die Stadt solle, heißt es in dem Antrag, beim VDK darauf bestehen, daß künftig keine einschlägigen Gruppierungen mehr zu der Gedenkveranstaltung im Hofgarten eingeladen werden, und – „wenn dies nicht durchsetzbar ist“ – offiziell nicht mehr an den Feierlichkeiten teilnehmen.

Das Ansinnen des Antrages stellt einen unerträglichen Versuch dar, das traditionelle Totengedenken am Volkstrauertag politisch zu instrumentalisieren. Schon die

b.w.

Klassifizierung bestimmter Teilnehmergruppen am Gedenken als „rechtsextrem“ bzw. „dem Rechtsextremismus nahestehend“ würde, von der Stadt ernstgenommen, der willkürlichen Diskriminierung Andersdenkender Tür und Tor öffnen, wozu etwa Berthold Kohler in der FAZ vom 25.11.2011 anmerkte: „Politisch fängt dieses Land ganz links außen an und hört dann schlagartig in der Mitte auf. (...) Denn ‚rechts‘ ist in diesem Land, dahin haben es die Linke und die sich unermüdlich an jeder ‚Kampagne gegen rechts‘ beteiligende Union gebracht, zu einem Synonym für rechtsradikal und rechtsextrem geworden. Was früher rechtsradikal oder rechtsextremistisch genannt wurde, heißt jetzt oft nur noch rechts: ‚die rechte Gewalt‘, ‚der rechte Terror‘, ‚die rechte Szene‘. (...) Dass die Linke die Gleichsetzung von rechts mit rechtsextrem als weiteren Triumph ihres Bestrebens feiert, die Grenzen des Korridors gerade noch erlaubter Meinungen enger zu ziehen, ist leicht zu verstehen.“ (B. Kohler, „Rechts ist nur noch das Nichts“, FAZ, 25.11.2011).

Die Stadt kann und darf sich von niemandem vorschreiben lassen, ob und mit wem zusammen sie am Volkstrauertrag der Opfer von Krieg und Gewalt gedenkt.

Besonders widerwärtig wirkt der genannte Stigmatisierungsversuch der Rathaus-Grünen auch deshalb, weil er u.a. auf alteingesessene Glieder der Münchner Stadtgesellschaft wie etwa studentische Verbindungen abzielt; ausdrücklich genannt ist im Grünen-Antrag vom 05.12. die Burschenschaft Danubia, die als älteste Münchner Burschenschaft im Jahre 1848 gegründet wurde und im Dritten Reich selbst Opfer nationalsozialistischer Pressionen war.

Um ein Zeichen gegen die Ausgrenzung und Diffamierung Andersdenkender zu setzen – was gerade vor der Kulisse des städtischen Totengedenkens am Platze ist -, wäre eine deutliche Geste der Solidarität geboten. Die Stadt sollte deshalb ausdrücklich ihre Verbundenheit gerade mit jenen Teilnehmern am Münchner Totengedenken zum Ausdruck bringen, die im genannten Grünen-Antrag vom 05.12. der Diskriminierung preisgegeben werden sollen. Es sollte dem Oberbürgermeister als Stadtoberhaupt ein besonderes Anliegen sein, seine Verbundenheit mit den Angegriffenen – insbesondere der Münchner Burschenschaft Danubia sowie der ebenfalls traditionell vom VDK eingeladenen Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger – in einer persönlichen Adresse, wahlweise auch in einem offenen Brief an den veranstaltenden Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Ausdruck zu bringen.

Karl Richter
Stadtrat